

Gemischte Gefühle bei Skigebieten

Ab Freitag dürfen auch die Luzerner Skigebiete wieder teilweise öffnen – unter strengen Auflagen. Das kommt nicht nur gut an.

Niels Jost

Die Luzerner Skigebiete können aufatmen – zumindest teilweise. Ab morgen Freitag dürfen sie ihre Anlagen wieder in Betrieb nehmen. Dies hat der Regierungsrat gestern entschieden. Allerdings gelten strenge Auflagen:

– Die Skigebiete dürfen **nur von Donnerstag bis Sonntag** offen sein.

– Pro Tag dürfen **nur 66 Prozent der Gäste** auf die Pisten, gemessen an der Anzahl Gäste an Spitzentagen.

– **Schlittelwege, Snowparks und schwarze Pisten** bleiben geschlossen, um das Verletzungsrisiko und damit verbundene allfällige Hospitalisierungen gering zu halten.

– **Der Konsum in Restaurants bleibt verboten**, Take-away-Angebote sind erlaubt. Zudem gilt ein **Alkoholverbot**.

– **Mitarbeiter** der Skigebiete, welche direkten Kundenkontakt haben, müssen sich wöchentlich einem **Coronatest** unterziehen.

Anders als in Uri, Schwyz, Zug, Nid- und Obwalden hatte die Luzerner Regierung bisher zugewartet mit der Öffnung der Skigebiete. Dass man sich nun doch für einen Teilbetrieb entschieden hat, begründet Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf (CVP) mit der etwas stabileren epidemiologischen Lage. So befinde man sich im Rahmen des kantonalen Alarmkonzepts aktuell wieder bei Alarmstufe orange statt rot. Auch der Reproduktionswert sei leicht gesunken.

Doch Graf betont: «Die Lage ist noch immer ernst, und die Auslastung der Spitäler wie auch die Belastung des Personals sind nach wie vor hoch.» Einer kompletten Öffnung der Skigebiete hätte man daher nicht zustimmen können. Und je nach Entwicklung der Lage könne man die Bewilligung wieder jederzeit entziehen. Der Betrieb von Donnerstag bis Sonntag sei als Kompromiss zu verstehen. «Wir analysieren die Situation laufend. Daraus ergibt sich, ob Massnahmen gelockert werden können oder ob strengere Auflagen nötig sind.»

Entscheidend ist dabei auch die Strategie des Bundesrats. Dieser schlägt



Ist ab morgen wieder möglich: Skifahren in Sörenberg.

Bild: Marcel Bieri/Keystone (15. Februar 2020)

den Kantonen vor, Sport- und Freizeitanlagen bis Ende Februar zu schliessen, wie er ebenso gestern bekanntgab. Stehen die Lockerungen der Luzerner Regierung im Widerspruch dazu? Gemäss Guido Graf erhält der Kanton die Vernehmlassungsunterlagen heute Donnerstag und sieht erst dann, was der Bund genau unter Sport- und Freizeitanlagen versteht.

Insellösung für Luzern sei «höchst fraglich»

Bei den Skigebieten sind gemischte Gefühle auszumachen. René Koller, Direktor der Bergbahnen Sörenberg AG,

hält den Entscheid des Regierungsrats für einen «Schritt in die richtige Richtung». Ganz zufrieden ist er jedoch nicht: «Im Kanton Luzern wird es weiterhin eine Insellösung geben. Das ist höchst fraglich.» Koller spricht damit die beschränkten Öffnungszeiten von Donnerstag bis Sonntag, die Sperrung schwarzer Pisten, das Schlittelverbot sowie das Testobligatorium für Mitarbeiter mit direktem Kundenkontakt an. Alles Auflagen, welche in den umliegenden Kantonen nicht gelten. Koller kann zwar nachvollziehen, dass die Lage in den Spitälern berücksichtigt werden müsse. Doch er weist darauf

hin, dass schwer verletzte Wintersportler auch aus den anderen Zentralschweizer Kantonen in Luzern behandelt werden. Die Wirkung der Luzerner Massnahmen sei daher fraglich.

Der Sörenberg-Direktor hält weiter fest: «Die Auflagen sind sehr streng und mit viel Mehraufwand verbunden.» Alleine die Kosten für die fällig werdenden Coronatests würden sich schnell summieren. Auch die Umsetzung der Schutzkonzepte werde die Bilanz weiter trüben. Und statt rund 8500 Besucher dürfen nur noch etwa 5500 Gäste auf die 17 Anlagen. «Entscheidend wird der Februar sein», sagt daher René Kol-

ler. Er hofft, dass dann pünktlich zu den Sportferien sämtliche Anlagen an allen Tagen offen sein dürfen – und es weiterhin genügend Schnee hat.

Ähnliches ist von Martin Knüsel, Präsident und Geschäftsführer der Sportbahnen Marbachegg, zu hören: «Ich bin froh, können wir nun endlich loslegen – auch wenn nur eine Teilöffnung erlaubt ist.» Die Schneebedingungen seien derzeit perfekt. Mit der Gondelbahn und den Skiliften zur Marbachegg sowie dem Kinderskilift im Tal werden ab Freitag alle Anlagen in Betrieb genommen. Schwarze Pisten gibt es auf der Marbachegg keine; die Schlittelpiste wird geschlossen. Unklar sei noch, wie die Massnahme umgesetzt wird, dass sich Mitarbeiter mit direktem Kundenkontakt wöchentlich testen lassen müssen. Dies werde man prüfen.

An Spitzentagen zählten die Sportbahnen in vergangenen Jahren rund 3000 Besucher pro Tag. Zugelassen sind aktuell nur noch rund 2000. Diese Kapazitätsbeschränkung nimmt Martin Knüsel hin. Das Gleiche gilt für die beschränkten Öffnungszeiten von Donnerstag bis Sonntag. Ganz nachvollziehen könne er diese Regelung zwar nicht, es sei aber ein Kompromiss zwischen gesundheitlichen Sichtweisen und ihren Ansprüchen. Knüsel sagt aber: «Es ist, wie es ist. Wichtig ist einzig, dass wir überhaupt öffnen dürfen.»

Mitarbeiter testen, um Sicherheit zu gewährleisten

Zur Unklarheit über die Coronatests für gewisse Mitarbeiter hält Guido Graf fest, dass diese einen Schnelltests durchführen können. Allerdings stellt sich die Frage, wieso sich lediglich Mitarbeiter in Skigebieten mit direktem Kundenkontakt wöchentlich testen lassen müssen, und nicht etwa auch Angestellte in Läden, Coiffuresalons oder anderen Betrieben. «Mit dieser Massnahme wollen wir den Gästen in den Skigebieten Sicherheit bieten», sagt Graf. Der Gesundheits- und Sozialdirektor denkt hier insbesondere an jene Leute, die in Luzern Skiferien machen. «Wir wollen einen Infektionsherd mit allen Mitteln verhindern.» Graf appelliert daher auch an die Wintersportler: «Halten Sie bei Personenansammlungen den Abstand ein, tragen Sie eine Schutzmaske – und bitte verhalten Sie sich auf den Skipisten defensiv!»

Luzerner CVP fordert mehr Unterstützung für Unternehmen

Entschädigungspolitik Der Bundesrat will Gastrobetriebe bis Ende Februar zu lassen. Zudem stehen auch im Detailhandel neue Schliessungen zur Diskussion. «Mittlerweile haben sich die Ereignisse überstürzt», schreibt die Luzerner CVP nun in einer Mitteilung. Sie fordert darum dringend «weitere branchenspezifische Massnahmen», wie es heisst.

Zu diesem Zweck reicht die Kantonalpartei drei Vorstösse ein. Dazu gehört eine dringliche Anfrage zur Aufstockung und Verwendung des Härtefallfonds. Bislang sind für diesen Fonds im Kanton Luzern 25 Millionen Franken vorgesehen. Die CVP will unter anderem wissen, wie viel Geld schon abgeschöpft worden ist und ob die Grenze von 40 Prozent Umsatzeinbusse sinnvoll sei. Ein dringliches Postulat fordert zusätzlich zur Härtefallregelung Entschädi-

gungen für Fixkosten. In den Genuss kommen sollen «Unternehmen in Branchen, welche in besonderem Ausmass von Massnahmen, welche von Bund und/oder Kanton zur Eindämmung der Coronapandemie umgesetzt wurden, betroffen sind», wie es im Vorstoss heisst. Ein weiteres dringliches Postulat fordert vereinfachte Härtefallgesuche für Firmen mit einem Umsatz unter 200 000 Franken.

Die Vorstösse der CVP könnten zu einem Wechsel der Luzerner Entschädigungspolitik führen. Bislang stützte die grösste Partei den eher zurückhaltenden Kurs der Regierung, während SP und Grüne schon länger höhere finanzielle Entschädigungen für Unternehmen fordern. Gemeinsam mit der CVP hätte die Ratslinke nun im Kantonsrat eine Mehrheit für solche Massnahmen. (dlw)

«Die Lage ist noch immer ernst, und die Auslastung der Spitäler wie auch die Belastung des Personals sind nach wie vor hoch.»

Guido Graf
Luzerner Regierungsrat (CVP)

«Ein Lockdown würde viele kleine Läden kaputt machen»

Detailistenverband Kommt es bald zu einem zweiten richtigen Lockdown? Darauf deuten zumindest die Ankündigungen des Bundesrats hin. Er stellt die Schliessung der Läden zur Debatte. Rolf Bossart, Geschäftsführer des Luzerner Detailistenverbands und SVP-Kantonsrat, zeigt dafür kein Verständnis. «Anders als im öffentlichen Verkehr haben die Läden funktionierende Schutzkonzepte und eine Begrenzung der Personenzahl.» Es sei nicht nachgewiesen, dass es in den Läden zu Ansteckungen gekommen sei.

Für Bossart ist klar: «Ein Lockdown würde viele kleine Läden kaputt machen, so wie das bereits in der Gastronomie zu beobachten ist.» Daran könnten auch die Härtefallmassnahmen nichts ändern. Der Anteil der A-fondsperdu-Beiträge sei viel zu klein, um die

Betriebe zu retten; die Unternehmer wollten sich nicht noch mehr verschulden. Ausserdem würden die vom Kantonsrat beschlossenen 25 Millionen Franken niemals reichen, es brauche ein zweites Hilfspaket. So oder so rechnet Bossart aber damit, dass es «eine Lawine von Schliessungen» geben wird – insbesondere in der Gastronomie. Sobald die Kurzarbeitsentschädigung wegfalle, werde es zu einer Entlassungswelle kommen.

Die Kantone haben eine Woche Zeit, um zu den Vorschlägen des Bundesrats Stellung zu nehmen. Der Detailistenverband werde Gespräche mit der Regierung führen, sagt Bossart. «Ich hoffe, dass die Vernehmlassung nicht wieder zu einer Alibiübung wird wie im Dezember. Damit hat der Bundesrat nur die Leute verärgert.» (cgl)